



Auswärtiges Amt

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Ulla Jelpke
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Antje Leendertse
Staatssekretärin

Berlin, den **14. Nov. 2019**

Schriftliche Fragen für den Monat November 2019
Frage Nr. 11-047

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW), bei der die Bundesrepublik Deutschland eine Ständige Vertretung unterhält, keine Untersuchung bezüglich des Vorwurfs des Einsatzes chemischer Kampfstoffe wie Weißer Phosphor oder Napalm durch die türkische Armee bei ihrem Angriffskrieg auf Nordsyrien eingeleitet hat, und inwieweit gehört die Bunderegierung zu den Regierungen aus NATO-Mitgliedsländern, die laut einem Bericht der Times of London der OVCW nahegelegt haben sollen, in dieser Angelegenheit nicht tätig zu werden (<https://www.newsweek.com/why-united-nations-not-investigating-alleged-white-phosphorus-attacks-1468042>; https://www.thetimes.co.uk/edition/world/syria-un-refuses-to-investigate-claims-of-white-phosphorus-use-in-turkish-offensive-3by7gdmxz?wgu=270525_54264_15730471221378_34ede97818&wgexpiry=1580823122&utm_source=planit&utm_medium=affiliate&utm_content=22278)?

beantworte ich wie folgt:

Der Bundesregierung sind öffentliche Berichte über den mutmaßlichen Einsatz von Weißem Phosphor in Syrien bekannt. Die Entscheidung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW), diese Vorfälle unter Verweis auf ihr fehlendes

Mandat nicht zu untersuchen, wurde ohne Beteiligung der Bundesregierung getroffen.

Mit freundlichen Grüßen

Antje Leerdahl